

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 31 (1937)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stalten (wohl die Bureaucratie einschränken?) und dem Obersten Gerichtshof die Macht nehmen, mit seinem Veto alle Reformarbeit zu lähmen. In dem großen Kampf in der Automobilindustrie steht er offenkundig auf Seiten der Arbeiter. Er läßt, was er wohl nicht verhindern kann, Militär aufbieten, aber es nicht gegen die Streikenden verwenden, welche die Fabriken besetzt halten. Aehnlich wie Blum. Der Streik selbst aber gilt dem Recht der Arbeiter auf freie Vertretung durch ihre Organisationen — *der Demokratie der Arbeit!*

10. Februar 1937.

Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

1. *Spanien.* Der Präsident Azana wendet sich ebenfalls gegen die Behauptung, Volksfront-Spanien werde eine Filiale Moskaus sein. „Ich denke an den Tag des Sieges. Ich weiß nicht, welches dann das politische Regime in Spanien sein wird. Es wird dasjenige sein, welches das Volk will. Aber was ich wünsche, ist eine Regierung, wo die Rechte des menschlichen Gewissens und der sittlichen Persönlichkeit verteidigt werden... ein Regime, in dem die moralische und politische Freiheit des Menschen verbürgt sind, wo die Arbeit zur einzigen Qualifikation des Staatsbürgers werden soll.“

Eine *große Bildungsarbeit* wird von der Volksfront hinter der Front und an der Front selbst getan. In den Schützengräben lernen die Milizen während der Gefechtspausen lesen, und in Scheunen, auf die jeden Augenblick Bomben fallen können, sitzen junge Frauen als Lehrerinnen zwischen bildungshungrigen jungen und alten Arbeitern und Bauern.

Eine *Aerztekommission* des Völkerbundes hat in Genf Bericht über den Gesundheitszustand der Madrider Bevölkerung erstattet. Sie war voll Lob über die in Madrid von der Regierung und freiwilligen Kräften für die Gesundheit der Bevölkerung geleistete Arbeit, hielt aber die Evakuierung der Hälfte der Bevölkerung für notwendig.

Der unerfreuliche Chilene Edwards, ein fanatischer Faschist und Reaktionär, hielt es für angemessen, Del Vayo wegen der „Asilés“, d. h. der in die Gefandtschaften geflüchteten Anhänger Francos, anzuöden, bekam aber von ihm eine überlegene und beschämende Antwort.

Hilfe ist dringend nötig. Denn immer größer wird die Not der Zivilbevölkerung, die zum Teil in den Trümmern ihrer von den nationalen Bomben zerstörten Häusern lebt. Besonders fehlt es an Milch für die Kinder und die Kranken. Es helfe, wer helfen kann.

In Paris tut eine Organisation der Hilfe für Spanien eine unermüdliche, große Arbeit (Adresse: L'aide à l'Espagne Républicaine, 27, Rue Jean Dolent, Paris 14).¹⁾

Von radikal-pazifistischen Kreisen geht eine Aktion für *Friedensvermittlung* aus. Sie stellt dafür drei Forderungen auf: 1. Waffenstillstand; 2. Friedensvermittlung; 3. Gelegenheit für das spanische Volk, sich frei über die politische Gestaltung seines Lebens zu entscheiden.

William Green, der einflußreiche Leiter der American Federation of Labor, fordert leidenschaftlich zum Boykott Deutschlands und Italiens auf. *Polnische Textilarbeiter*, die elend genug dran sind, weigern sich, für die Truppen Francos

¹⁾ Für die Schweiz ist die beste Sammelstelle: *Arbeiterhilfe*, Höggerstr. 80, Zürich.

Uniformen herzustellen, die Matrosen des italienischen Schiffes „Lombardia“, sogenannte Freiwillige zu transportieren.

In *Sevilla* sei es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen deutschen und spanischen Offizieren gekommen. Diese, durch Verhöhnung ihrer Begleiterinnen gereizt, erschossen sechs deutsche Offiziere, wofür drei von ihnen standrechtlich erschossen wurden. Sicher ein Zeichen vorhandener und kommender Dinge!

II. Italien. Der Krieg in *Abeffinien* geht weiter. Vor kurzem hatten die Italiener schwere Kämpfe mit 15 000 Abeffiniern unter Ras Desta. Und das sind nicht die letzten! *Ras Imru* und *Ras Desta* kämpfen, entgegen den Berichten der Italiener, weiter. Diese können sich nur in verschanzten Lagern halten. Auch die *Regierung* besteht weiter, nur ohne festen Sitz. Motta, Eden, Blum und der Völkerbund haben zu große Eile gehabt.

Die in Abeffinien gefallenen Studenten erhalten nachträglich den Doktor. Wird ihnen Freude machen! Marschall Badoglio bekommt für seine abeffinischen Taten den Doktor für politische Wissenschaften. (Spezialität: Senfgase!)

Der Sohn des bekannten *Ras Imru* geht nach Madrid zu der Internationalen Brigade. Dort werde über die Zukunft der Freiheit in der Welt entschieden.

Es hat sich eine deutsch-italienische Gesellschaft zur Ausbeutung der Bodenschätze Abeffiniens gebildet. (Ich schlage als kurzen Namen vor: „Hyäne“.)

Engländer haben mit Italien über die Wasser- und Futterplätze an den Grenzen Abeffiniens eine Abmachung getroffen und ihnen eine Somali-Kolonie zum Durchgang freigestellt.

Die italienische Rasse soll durch strenge Vermeidung von Vermischung mit den abeffinischen Völkern bewahrt bleiben.

Die Zahl der Geburten nimmt in Italien bedenklich ab — trotz aller Züchtung!

III. Deutschland. 1. *Rüstung.* Der *Kaiser-Wilhelm-Kanal* wird für fremde Kriegsschiffe auch in Friedenszeiten gesperrt. *Helgoland* und die ganze England zugekehrte Küste wird schwer befestigt, gegen *Dänemark* gewaltig gerüstet, auch das *Eismeer* auf den Krieg mit Rußland hin vorbereitet. In der *Pfalz* werden für Rüstungszwecke 14 Dörfer aufgehoben und die Bewohner nach Mecklenburg verpflanzt. Assyrische Zustände!

Alle Männer von 18 bis 45 Jahren dürfen sich nicht ohne Vorwissen der militärischen Behörden von ihrem Wohnort entfernen.

2. *Terror und Verwandtes.* Der an *Offietzky* erteilte Nobelpreis von 90 000 Mark wird in Oslo abgehoben, aber *Offietzky* nicht zur Verfügung gestellt. Dessen Schicksal und Zustand bleiben in Dunkel gehüllt. Göring nennt ihn in seiner Reichstagsrede „ein erbärmliches Subjekt, das wegen Landesverrat mit Zuchthaus bestraft worden ist“.

Den *Juden* ist künftig verboten, mehr als zwei Hektar Land zu besitzen. — Der Oberbürgermeister von Leipzig, Doktor Gördeler, früher „Preisdiktator“, ist von seinem Amt zurückgetreten, weil in seiner Abwesenheit das Standbild des berühmten Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdi beseitigt worden war. Ehre dem Manne! Mendelssohn hat übrigens, wie auch Heine in manchen seiner berühmtesten Schöpfungen, gerade das, was man früher „deutsches Gemüt“ nannte, klassisch zum Ausdruck gebracht.

Ein antifemitisches Machwerk von unerhörter Gemeinheit „Fuchs auf grüner Heide“ genannt, wird als deutsches Kinderbuch in Masse verbreitet.

2500 *Ernstes Bibelforscher* haben sich gegen die Verfolgungen, die sie durch das Hitlerreich erfahren, an den Völkerbund gewendet. Natürlich umsonst!

Nach einem Vorschlag des üblen Professors Kriek soll die Zahl der deutschen *Universitäten* stark vermindert werden; man behauptet, damit sie besser überwacht werden können.

3. *Propaganda und Ausgestaltung des Systems.* Die Zahl der *Mitglieder* des Naziordens (das ist ja die Partei) ist von $3\frac{1}{2}$ auf 6 Millionen erhöht worden. Es werden besondere *Adolf-Hitler-Schulen* eingerichtet zur Vorbereitung auf die

Ordensburgen und die Parteiämter, in die Jungen vom 12. Altersjahr an unentgeltlich aufgenommen werden. Das *Zivil- und Beamtenrecht* wird im Sinne der „Treue“, d. h. der noch engeren Bindung an das Naziregime und die Person Hitlers umgestaltet.

Hitlers „*Mein Kampf*“, das offiziell allen Brautpaaren verabreicht wird, ist bisher in 2½ Millionen Exemplaren erschienen.

4. *Opposition und Zersetzungserrscheinungen.* Der sehr gewissenhafte Redaktor des „Daily Herald“ weist nach, daß die deutsche *Arbeitslosigkeit*, wenn man auch ihre verdeckten Formen berücksichtige, auf drei bis vier Millionen zu berechnen sei — trotz der Aufrüstungskonjunktur. Damit fiel auch dieser Naziruhm dahin.

Ein hoher deutscher Militär, Oberst Hilpert, beklagt sich über den „unfaßbaren Mangel an einfachen Bildungselementen“ bei den Offiziersaspiranten.

Die *Geburtenzahl* nimmt auch in Hitler-Deutschland ab.

Der Reichsverkehrsminister *Eltz von Rübenach* ist zurückgetreten, wie es heißt, weil er, als guter Katholik, der Behandlung seiner Kirche nicht mehr zuschauen könnte.

Ein *Aufruf* der deutschen Volksfront, unterzeichnet von Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Pazifisten, wie einer der „Nationalrevolutionären“ und der „Sozialrevolutionären Volksfront“ wenden sich an das deutsche Volk.

Thomas Mann antwortet auf die Zurücknahme seines Ehrendoktors durch die Universität Bonn mit einem geistvollen und ergreifenden Brief. (*Ein Briefwechsel*, Verlag Oprecht, Zürich.)

IV. *Weltpolitisches.* 1. *In Europa. Oesterreich.* Der neugegründete „Österrückische Volksverein“, der unter dem Patronat des Innenministers Gleise von Horstenau steht, soll „den Volkskörper mit gesundem deutsch-völkischem Geist erfüllen“. Soll das Ablenkung vom Nationalsozialismus oder Einlenkung zu ihm sein? Ein „Kameradschaftsbund ehemaliger Heimatschützer“ zeigt seinen Zweck durch seinen Namen an. Ein neuer Handelsvertrag mit Deutschland soll besonders die österreichische Fremdenindustrie stärken (Oesterreichischer Wilhelm-Hotell?). Neurath kommt nach Wien. Dem Nationalsozialismus werden immer mehr Konzessionen gemacht. Die Schärfe kehrt sich gegen „links“.

Militärisch scheint der Anschluß schon ziemlich fertig. Die Restauration der *Habsburger* ist vielen als ein Hemmnis dieser Entwicklung willkommen. Man bekennt sich nun offiziell dazu. Was Dr. Winter freuen wird.

Bei den Wahlen der *Vertrauensmänner* in den Betrieben fallen die Stimmen in der großen Mehrheit *Sozialisten* zu.

2. *Polen.* Es wird eine zunehmende *Opposition* der radikalen Bauernbewegung gegen die Politik Becks und der Militärpartei berichtet. Aber auch ein Wachsen des *Antisemitismus*. Beck sucht für die jüdische Auswanderung Kolonien. Der französische Kolonialminister Mautet ladet die Juden in die französischen Gebiete ein.

Jugoslawien. Zwischen den Serben und Kroaten finden Verhandlungen im Sinne einer stärkeren Autonomie Kroatiens statt.

Schweden. Die schwedische Regierung weigert sich, durch die Anwendung des Titels „Kaiser von Abessinien“ die Annexion Abessiniens anzuerkennen und begnügt sich darum in Rom mit einem Geschäftsträger. Es sind nicht alle Regierungen und Völker gleich feig.

2. *Außer Europa. Syrien.* Die *Sandschakfrage* ist durch den Völkerbundsrat so geregelt worden, daß der Sandschak außenpolitisch Syrien angeschlossen bleibt, im übrigen unmittelbar Völkerbundsmandat mit einem Kommissar und gegen außenpolitische Gefahren durch ein französisch-türkisches „Bündnis“ gesichert wird. Das Türkische wird, neben dem Arabischen, offizielle Sprache. Viel Intrigenspiel ist dieser Lösung vorausgegangen.

Aegypten. Die *Kapitulationen* (d. h. die exterritoriale Gerichtsbarkeit, die den Ausländern einen eigenen Gerichtsstand verlieh) werden grundsätzlich abgeschafft und für die Uebergangszeit durch gemischte Gerichte ersetzt — ein wichtiges Stück Befreiung.

Palästina. Die arabischen Führer sind doch vor der Königlichen Kommission erschienen. Der Mufti fordert die Aufhebung des Mandates und ein freies, arabisches Palästina, das sich an Syrien und den Irak angeschlossen.

Indien. Provinzialwahlen, an denen auch die *Frauen* teilnehmen, haben der Kongresspartei, die Gandhis Schüler Jawaharlal Neru führt, große Erfolge gebracht.

Von *Gandhi* wird berichtet, daß er einen allindischen Tempel eingeweiht habe, als Symbol der indischen Einheit. Darüber großes Triumphgeschrei Unwissender: Gandhi sei auch *Nationalist* geworden. Unfinn! Die Einigung Indiens als Vorbedingung seiner Befreiung ist immer Gandhis Ziel gewesen, und die religiöse Symbolisierung entspricht indischer Geistesart.

Mexiko. Das sozialistische Mexiko, das Trotzky ein Asyl gewährt und offen die spanische Volksfront unterstützt, erlebt eine tiefgehende soziale und geistige Regeneration. Es wird dem Tagelöhnervolk eine gewaltige Menge *Gemeingut* zugeteilt und daraus für die einzelnen Familien Parzellen entnommen und Kredite für ihre Bewirtschaftung gewährt. Auch das Schulwesen erlebt einen großen Aufschwung.

V. Aufrüstung und Abrüstung. Die *Studentenschaft* der Universität Cambridge erklärt mit 100 gegen 79 Stimmen, daß sie am Waffengebrauch nur teilnehmen werde, wenn es sich um Aktionen des Völkerbundes im Dienste der kollektiven Sicherheit handle.

Eine ähnliche Stellung nimmt grundsätzlich eine Versammlung der anglikanischen *Kirche* ein. (Davon nächstes Mal mehr.)

Die Erfahrungen, die man in *Spanien* mit der *modernsten Kriegsführung* macht, scheinen u. a. zu zeigen, daß es keinen Schutz vor den Brisanz- und Brandbomben gibt und alles, was man darüber sagt, Illusion ist.

Es wird von einer Abwehr der Flugzeuge durch an Ballons befestigte Eisenetze, worin sie sich verfangen, oder durch von Geschützen ausgestreuten Eisentaub, der ihre Motoren lähmte, geredet, doch tut man gut, davon nicht zu viel zu erwarten.

Der ehemalige Staatssekretär und Richter am Obersten Gerichtshof, *Elihu Root*, der im Alter von 92 Jahren verschieden ist, war ein Vorkämpfer der Friedensbewegung, besonders der Schiedsgerichtsbarkeit und des Völkerbundes. Er war auch Träger des Nobelpreises.

VI. Wirtschaftliches. Der *Seeleutestreik an der pazifischen Küste* ist nun durch einen Vergleich erledigt.

Bei den Kämpfen in der amerikanischen *Automobilindustrie* handelt es sich auch darum, ob die durch *Lewis* vertretene radikalere Gewerkschaftsbewegung sich behaupten kann. (Sie hat nun *gesiegt*. 16. Februar.)

VII. Sozialismus. 1. In *Rußland* feiert man nun *Puschkin*, den nach der Ansicht von Kennern allergrößten der russischen Dichter, und markiert damit den Anschluß an die ältere russische Kultur.

Die Ermordung des einstigen bolschewistischen Beamten *Nawaschin* im Bois de Boulogne in Paris erinnert unheimlich an die Entführung des Generals Kutjepoff und trägt dazu bei, die Atmosphäre zu verschlechtern.

2. Die englische Labour-Party hat die „Einheitsfront“, die von der *Socialist League* mit der Independent Labour Party und den Kommunisten gebildet worden ist, endgültig abgelehnt und die Socialist League als Ganzes (nicht die einzelnen Mitglieder) ausgeschlossen. Es gehören ihr aber viele der bedeutendsten Führer an und eine Radikalisierung der ganzen Arbeiterbewegung, die auch auf die englische Außenpolitik wirken will, scheint im Gange.

VIII. Religion und Kirche. 1. *Protestantismus.* Die anglikanische Kirche will die *Ehescheidung* erleichtern. (Ueber ihre Stellung zur Militärfrage ist schon berichtet.)

Mit Pfarrer *Gustav Benz* ist eine Mittelpunktsgestalt unseres kirchlichen Christentums verschwunden. Er war einst in Basel unser lieber Zofinger- und Hal-

lunkiums-Freund („Hallunkium“ war der Spottname für das theologische Allumneum an der Hebelstraße), ein hochbegabter, immer froher und freundlicher, ernsthaft gläubiger Mensch. Aus der Ostschweiz stammend, hatte er sich früh der Basler geistigen Luft angepaßt und wurde dadurch ein geeigneter Vermittler zwischen zwei Geisteshaltungen. Groß war seine Wirkung und im Ganzen sicher heilsam und schön. Ob er aber nicht noch Größeres hätte sein und leisten können? An drei Punkten, scheint mir, ist er von dem höheren Wege abgelenkt. Einmal, als er, anstatt zur Arbeiterbewegung und zum Sozialismus jene zugleich radikale und überlegene Stellung einzunehmen, die sich damals allen lebendigen und tapferen Geistern anbot, sich, freilich weitherzig bleibend, an die Evangelische Arbeiterbewegung angeschlossen, dann, als er beim Beginn des Weltkrieges, für Deutschland Partei ergreifend, das ungeliebte Wort vom „Moratorium des Christentums“ aussprach, und endlich, als er, was freilich schon auf die zweite Stellungnahme gewirkt hatte, sich gegen den Antimilitarismus wendete. So blieb er im besseren Sinne der Mann der Mitte, dem von überall her Vertrauen entgegenkam und den auch die frommen Basler, Unternehmer und andere, vernünftiger als viele, wie sie waren, und dazu vom christlichen Ernst berührt, nicht ungern walten ließen, auch wo er etwas weiter ging, als sie es von sich aus tun konnten. Er hat im übrigen große christliche Tugenden entfaltet, als Pfarrer und als Mensch, und es war vielleicht falsch, noch mehr von ihm zu erwarten.

Francis Peabody, der 89jährig gestorben ist, war ein Pionier des „sozialen Christentums“, sein Buch über „Jesus und die soziale Frage“ ein standard work und er selbst ein ernster, würdiger, hochgebildeter und umfassender Geist.

2. *Katholizismus*. Der Kampf zwischen der *römischen* Kirche und dem *Hitlerium* spitzt sich zu. Der Streit dreht sich vor allem um die *Jugend*, und hier um die *Bekenntnisschule* und die *Hitlerjugend*. Diese will immer mehr die ganze Jugend ganz in die Hand bekommen, und jene soll immer mehr durch die sogenannte *Gemeinschaftsschule* mit ihrem germanisierten und hitlerisierten „positiven Christentum“ ersetzt werden. Und tut es auch. (In München haben sich diesmal neben 7100, die zur Gemeinschaftsschule halten, nur 357 zur Bekenntnisschule erklärt, also 5 gegen 95 Prozent.) Die Erzbischöfe Faulhaber, Schulte, Bertram, Galen, Preysing sind nach Rom gegangen, um sich Rat zu holen. Zweimal nacheinander haben Hirtenbriefe die Gläubigen zur Treue gemahnt. Man wird, nachdem man unter der Herrschaft falscher Klugheit die rechte Stunde verfäut, den Kampf in der schlimmsten Zeit aufnehmen müssen.

In Manila, der Hauptstadt der Philippinen, findet einer der riesigen *eucharistischen Kongresse* statt. Eine allzu starke Hetze gegen das republikanische Spanien wurde gebremst. Der Papst ermahnte in seiner Botschaft zur „Rückkehr zu Christus“. Besser wäre: „Vordringen zu Christus!“

IX. Natur und Kultur. In den Vereinigten Staaten die kolossale *Ueberschwemmungskatastrophe*, durch den Ohio und Mississippi verursacht, mit 600 (oder gar 7000?) Menschenopfern, 500 Millionen Dollar Sachschaden und der Obdachlosigkeit einer Million Menschen. Ob sich hier nicht, wie in China, die rücksichtslose Verwüstung der Natur rächt?

11. Februar 1937.

Zur Schweizerischen Lage.

Die Schweizerische Lage wird zunächst immer düsterer.

Zwei Ereignisse heben sich in der Berichtszeit aus ihr hervor: das in La Chaux-de-Fonds Geschehene, oder vielmehr, was sich daran schließt, und der Parteitag der Sozialdemokratie in Zürich.

Was ist in *La Chaux-de-Fonds* geschehen? Nichts oder doch nichts irgendwie Bemerkenswertes. Außerlich. Aber die Dinge bekommen unter Zeit und Umständen einen symbolischen Sinn, der mit dem äußeren Aspekt in keinem Verhältnis zu stehen scheint. Der welsch-schweizerische Faschismus läßt durch seine

Gruppe von La Chaux-de-Fonds den Hauptanwärter auf die Stelle eines helvetischen „Führers“, Nationalrat Mufy, den noch ein wenig von einem freilich zweifelhaften Nimbus des Bundesrates Umgebenen, ausgerechnet nach der sozialistischen, seit Jahren unter schwerstem wirtschaftlichem Druck stehenden Uhrmacherstadt kommen, um dort zu verkündigen, „daß der Kommunismus in der Schweiz unmöglich sei“. Natürlich weiß Mufy so gut als irgendwer, daß der Kommunismus die letzte Gefahr ist, welche der Schweiz droht und daß weder in La Chaux-de-Fonds noch in der übrigen Schweiz die Kommunisten von sich aus eine Rolle spielen, die der Rede wert wäre. Aber es liegt System in feinem und feiner Genossen Vorgehen. Einmal in der Handhabung des Kommunistschrecks, ganz nach Anleitung von Hitler und Göbbels. Aber das ist noch das Harmlofere, die Methode hat noch einen andern Sinn. Durch Hineintragung des Faschismus gerade in die sozialistischen Hochburgen sollen diese überhaupt erschüttert, vor allem aber eine Atmosphäre der Aufregung und Verwirrung geschaffen werden, in der man nach der starken Hand schreit, worauf die Stunde des Faschismus vorhanden ist. Die Dringlichkeit des „Ordnungsgesetzes“ würde dabei von selbst als reife Frucht abfallen. So ist man feinerzeit nach Zürich-Außersihl gezogen, so nach Winterthur-Töß und so jetzt nach La Chaux-de-Fonds.

Fast wäre die Spekulation gelungen. Zwar geschah während der Versammlung nichts Bemerkenswertes, nichts, was nicht bei solchen Anlässen fast immer geschieht. Aber dann ereignete sich, so schien es, ein „Glücksfall“ (man muß vom Standpunkt jener Spekulanten aus wirklich so sagen): der Führer der Faschisten von La Chaux-de-Fonds, der Arzt Doktor Bourquin, brach auf dem Abzug von der Versammlung plötzlich tot zusammen. Sofort, wie wenn auf einen Knopf gedrückt worden wäre, ein Lärm durch die ganze bürgerlich-christliche Schweiz und darüber hinaus: „Rotmord! Die Kommunisten haben in La Chaux-de-Fonds einen nationalen Führer totgeschlagen!“ „Hurra! Wir haben unsern ersten Blutzegen!“ „Ordnungsgesetz her! Verbiestet die kommunistische Partei!“ So schrien neben den Frontisten aller Art, die „frommen“ inbegriffen, besonders die sogenannten Jungkatholiken, Jungkonservative genannt. Bundesrat Baumann aber rieb sich die Hände: „Nun habe ich mein Staatsschutzgesetz mit Dringlichkeit!“

Da fand sich plötzlich ein Haar in der Suppe. Es ließ sich auf keine Art beweisen, daß Doktor Bourquin wirklich totgeschlagen worden sei. Er sei von einem Herzschlag getroffen worden. Denn er war ein schwer herzkranker Mann. Freilich, so half man sich nun, dieser Herzschlag sei doch die Folge eines Schlages mit einem harten Gegenstand, etwa einer Flasche, in den Nacken gewesen. Man behielt seinen Rotmord und seinen Blutzegen, freilich — ohne Blut! Da kommt aber neues, schlimmstes Pech — immer aus dem Gedanken dieser Spekulanten geredet —: die amtliche Expertise, von einer anerkannten und ohne Zweifel unparteiischen Autorität, dem Professor der Anatomie Wegelin von Bern, vorgenommen, ergibt, daß der Körper von Doktor Bourquin keine Spur von einer Verletzung zeigt, daß der Mann einfach aus Aufregung an einem Herzschlag gestorben ist.

Man ist, wie Mephisto im „Faust“, um seine Beute geprellt. Was tun? Nun ereignet sich fast das Schönste an diesem ganzen Bilde: Eine Reihe von bürgerlich-christlichen Zeitungen, darunter solche, die sich jeden Tag als Lehrmeisterinnen des guten Tons und der rechten schweizerischen Haltung aufspielen, verschweigen die Wahrheit oder bringen sie so an, daß die Masse der Leser es nicht merkt, und ziehen die Schlußfolgerungen aus den Vorgängen in La Chaux-de-Fonds genau so, als ob Doktor Bourquin doch von den Kommunisten erschlagen worden wäre, wobei die „Neue Zürcher Zeitung“, die wie die Faschisten und Nationalsozialisten über eine besondere Sprache verfügt, von einem kommunistischen „Grundelement“ redet, aus dem jene Schlußfolgerungen, vor allem in Form des „Ordnungsgesetzes“, herauszufischen seien. Man könnte diese Kunst politische Alchemie nennen.

Aber nicht genug. Es wird noch mehr gelogen. Einmal wird jene große Volksansammlung in La Chaux-de-Fonds ohne weiteres zu einer „kommunistischen“ gemacht. Aber kaum ein Viertel davon waren Kommunisten, ein großer Teil, und zwar nicht der ruhigste, mehr „links“ stehende Bürgerliche. Jene Kommunisten,

heißt es weiter, seien von auswärts, sogar aus Frankreich (wahrscheinlich direkt bei Blum bestellt), aufgeboden worden. Kein wahres Wort ist daran — sehr zum Leidwesen des Bundesrates, der auch gar zu gern aus dem trüben Wasser dieser Lügen feine Fische zöge.

Bei alledem ist nicht zu vergessen, daß solche Aufläufe in den letzten Jahren häufig gewesen und die „Ruhestörer“ vorwiegend *bürgerliche* gewesen sind: Freisinnige, Katholiken, Mittelstandsleute. So haben in Luzern die Freisinnigen den gleichen Mufy noch ganz anders behandelt, als es in La Chaux-de-Fonds geschehen ist; so in Oberägeri die Katholiken die Freigeldleute; so eine Reihe von Versammlungen der welschen Schweiz und jüngst eine im erzkatholischen Wohlen im Aargau Duttweiler. Das war alles gut und recht. Aber wenn es „Marxisten“ sind, die stören (was fragt man in La Chaux-de-Fonds nach Marx!), dann tönt es durch die Schweiz: „Rotmord! Kommunistenverbot her! Ordnungsgesetz her! Feuer und Mordio und Hurra!“

Es ist Bürgerkriegsatmosphäre; besinnungslose Wut einer untergehenden Gesellschaft lodert und schwelt.

Ich habe der Wahrheit gemäß die Hauptlast der Schuld an jenen äußerlich übrigens so wenig bedeutamen Vorgängen auf die bewußten und perfiden Provokateure gelegt. Aber an die *Arbeiterchaft*, soweit sie in Betracht kommt, ist in großem Ernste die Frage zu stellen: Wisst ihr eigentlich, was ihr tut? Habt ihr keine Ahnung von dem Spiel, das gespielt wird? Wollt ihr dieses Spiel immer wieder mitspielen? Wie, wenn Doktor Bourquin wirklich infolge einer Mißhandlung gestorben wäre, was ja doch leicht hätte geschehen können? Um Gotteswillen — nehmt euch in acht! Laßt diese Leute machen und ihr Lärm wird unter allgemeiner Mißachtung im Leeren verhallen.

Neben die ganze Schmähhlichkeit nicht sowohl dieser Vorgänge in La Chaux-de-Fonds als vielmehr ihrer skrupellosen Entstellung und Ausbeutung durch eine verkommene bürgerlich-christliche Welt stelle ich die Anprangerung der Schweiz wegen ihrer De-jure-Anerkennung der mörderischen Vergewaltigung Abessinians durch den Motta-Bundesrat, wie sie der *Negus* vollzogen hat. Unsere wahrheitsliebende Presse hat sich durchs Band wohl gehütet, dieses Dokument unserer Schande im Wortlaut zu bringen. (Sein Hauptpunkt folgt später.)

Der Bundesrat habe sich entschlossen, darauf nicht zu antworten, sondern das Dokument ad acta zu legen. Die Geschichte wird es nicht ad acta legen, und auch über jene edle „Neue Zürcherin“, die dem „Löwen aus Juda“ den bekannten Eselstritt verletzt, wird noch einmal das seltsam lang aufgeschobene Gericht kommen.

Eine weitere Schande für die Schweiz (es ist nicht *meine* Schuld, lieber Leser, daß es so viel davon gibt!) bleibt der Fall *A Prato*. Diese Schande hat sich inzwischen wie ein schlimmer Flecken ausgebreitet. Die Internationale Vereinigung der Völkerbundsjournalisten hat sich (auch übervorsichtig — überall sind die Bremser am Werke!) an den Völkerbundsrat gewendet und diesen um eine Regelung ihres Verhältnisses durch ein Statut erfucht, selbstverständlich im Sinne einer Sicherung vor weiteren Eingriffen in ihre Freiheit. Feige, wie er ja auch ist, hat der Völkerbundsrat nur in einer geheimen, nichtoffiziellen Sitzung die Sache behandelt. Der Genfer Staatsrat aber hat den Rekurs *A Pratos*, der sich inzwischen auf das der „freien Schweiz“ entgegengesetzte Ufer des Genfersees zurückgezogen hat, mit den armseligsten Argumenten abgewiesen. Armselig müssen sie sein; man darf doch nicht sagen: „Mussolini hat es befohlen!“ Daß ein Albert Picot, den wir einst noch für einen der letzten Vertreter eines wirklichen Liberalismus hielten, so etwas mitmacht, ist besonders schmerzlich.

Man darf bei der ganzen Sache nicht vergessen, wie Motta einst gegen Nicole die den *Negus* und die Völkerbundsversammlung insultierende faschistische italienische Journaille geschützt hat.¹⁾ Und wie steht es mit den *faschistischen* „Völ-

¹⁾ Inzwischen ist diesen Journalisten für ihr tapferes Pfeifen und Johlen gegen einen unglücklichen Mann gar noch im Namen des italienischen Journalismus ein *Preis* zugesprochen worden.

kerbunds-Zeitungen“ in Genf, „Radio“ (Organ Italiens), „Völkerbund“ (Organ Deutschlands), „Minorités“ (Organ Ungarns)? Auch erfährt man zuverlässig, daß es besonders die Stellungnahme für die spanischen Republikaner gewesen sei, die Mussolini und Motta A Prato nicht hätten verzeihen können.

Darum ertönt im Ausland, und zwar keineswegs bloß in der Linkspresse, immer lauter der Ruf: „Weg mit dem Völkerbund aus einem Lande, das seinen grimmigsten Feinden verkauft ist und keine Freiheit der Meinungsäußerung mehr kennt!“

Während man so Mussolini die Stiefelsohlen ableckt und gar nicht vorhandene Kommunisten verfolgt, wird die Schweiz in aller Stille von dem wirklichen Todfeind erobert. Diese Eroberung hat neuerdings eine noch bestimmtere Form angenommen. Es ist ein *Ministerium für das Auslands-Deutschtum* geschaffen worden, an dessen Spitze ein gewisser Gauleiter *Bohle* gesetzt ist. Das ganze Auslandsdeutschtum soll so organisiert werden, daß es überall einen Staat im Staate bildet. 18 Millionen Mitgliedskarten, heißt es, werden in einer Kartothek zusammengestellt. Für jeden Auslandsdeutschen eine. Er wird sorgfältig kontrolliert und überwacht. Er muß der nationalsozialistischen Organisation angehören. Er muß ihr beitreten, schon bevor er die Erlaubnis zur Ausreise erhält. Es wird über sein Verhalten berichtet und er muß selbst berichten, was er im Ausland zugunsten der Eroberungsabsichten des Dritten Reiches erfährt. Das heißt: *Deutschland wird in aller Welt aufgebaut, die ganze Welt wird seine Kolonie*. Man beansprucht für diese Deutschen besondere Rechte, eine Art Autonomie, und wird davon immer mehr verlangen. Von einer nationalsozialistischen Internationale zu reden, die der kommunistischen oder sozialistischen entspräche, wäre ganz verkehrt: es handelt sich um eine *Nationale*, nicht um eine Internationale.

Was heißt aber Auslandsdeutschtum? Sollte es sich bloß um im Auslande weilende Reichsdeutsche handeln, so wäre die Zahl von 18 Millionen (auf 65 Millionen Reichsdeutsche überhaupt) offenbar phantastisch übertrieben. (Fast ein Drittel aller Bürger im Ausland!), es muß sich also um alle Deutschsprechenden, also auch um uns Deutschschweizer handeln. Wir sollen auch auf diese Weise nach und nach dem Dritten Reiche „eingeschaltet“ werden.

Gustloff (der in diesen Tagen auf alle Weise als Held, Märtyrer und beinahe Heiliger Gefeierte) kehrt in *Bohle* potenziert wieder. Die armen „alt fry rhätischen“ Richter in Chur haben sich umsonst bemüht.

Was tut der Bundesrat hier?

Dieser Eroberung von außen geht die von innen parallel. Ein *Jakob Schaffner* ist ihr Herold. Basel und Solothurn freilich haben ihm die Pforten verschlossen, was falsch ist — man lasse ihn schreien, das ist nicht unsere größte Gefahr. Die Fronten selbst wollen trotz günstigem Klima nicht gedeihen. Die „Front“, das neben dem „Aufgebot“, der „Neuen Zürcher Zeitung“ und ähnlichen wüfeste unserer Hetzblätter, muß eingehen. Dafür richtet *Göbbels* in Zürich eine „Deutsche Buchgemeinschaft“ ein, die natürlich eine Propagandazentrale ist. Und der des Schweizertums entleerte Schweizer ist so zugänglich!

Und nun breitet sich auch der Schatten der *Teuerung* weiter aus. Milch und Brot sind zuerst dran gekommen; anderes wird folgen und — so ist zu fürchten — der Abwertungsrausch zu einem argen Katzenjammer werden. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um etwa 15 000 könnte auch nur vorübergehend sein.

Aber dafür — caeterum censeo! — *Landesverteidigung* und *Wehrwille* zum Ueberfluß! Eine große Lüge! Denn das Land wird ja auf alle Weise preisgegeben. Wir stehen vor einer Doppeltatsache: Auf der einen Seite haben wir die *fortschreitende Militarisierung*, auf der andern die Verwandlung der ganzen Landesverteidigung in eine traurige *Illusion*. Neuerdings ist in Aarau zu allem hinzu noch eine „*Nationale Wehraktion*“ gegründet worden. Man redete von „körperlicher Ertüchtigung“, von rechter Benutzung der „Freizeit“, von der Einführung des obligatorischen Arbeitsdienstes¹⁾, von „geistiger Landesverteidigung“, und zielte mit

1) Und daneben freilich auch von der Einführung des Obligatoriums für den militärischen Vorunterricht der Jugend!

allem auf nichts, als auf eine weitere Militarifizierung, die eine weitere Faschisierung bedeutet. Oberst Bircher gab seinen Segen dazu und erteilte den Sozialdemokraten das Lob, daß sie nun brav „auf vaterländischem Boden“ stünden! Wie mag darob das Herz eines Doktor Arthur Schmid vor Freude gehüpft haben!

Vorher stand man natürlich *nicht* auf „vaterländischem Boden“!

Und nun, was geschieht? Daß in bezug auf den „Grenzschutz“ gegen den einzigen in Betracht kommenden „Feind“ nichts Ernsthaftes geschieht, ist scheinbar ein offenes Geheimnis. Aber mehr noch — eine Frage: *Wenn man im Ernste annimmt, Deutschland bereite einen Durchbruch nach Frankreich durch die Schweiz vor, warum geschieht denn nichts? Warum redet der Bundesrat nicht und schafft Klarheit? Warum lassen wir dann dem Verhängnis den Lauf?* Und eine weitere Frage: *Ist es denkbar, daß eine politische Führung, welche zum Teil zugestandenermaßen faschistisch denkt, zum andern Teil jedenfalls ihr Herz bei denen hat, die als Hüter der bürgerlichen Ordnung gegen den „Kommunismus“ erscheinen — ist es denkbar, daß diese politische Führung, mit einer ähnlich gestimmten militärischen zusammen, die Demokratie, vielleicht gar eine soziale Demokratie verteidige?*¹⁾

In ihrer Verblendung lassen Leute wie Max Weber und seine Richtlinien-Genossen solche Fragen gar nicht an sich kommen. Sie *wollen* dergleichen nicht hören. Und unter diesem Zeichen ist dann auch jener Zürcher *Parteitag* gestanden, der über den Zutritt zu den Richtlinien mit der „vorbehaltlosen Demokratie“ etwa so entscheiden sollte, wie ein Hitlerischer Reichstag über hitlerische Vorschläge entscheidet. Hatte doch der Apparat die Arbeit schon besorgt. Stellen wir denn fest: *Der Parteitag hat mit großer Mehrheit die Liquidation der schweizerischen Sozialdemokratie beschlossen.*

Es geschah auf die traurigste Weise. Nicht einmal die Welschen waren fest geblieben. Graber erhob bloß gegen die Kapitulation vor dem Militarismus Einsprache. Er ist eben kein Naine. Nur unser Freund Doktor Kramer vertrat vor dieser Gesellschaft, die ihn noch vor kurzem von ihrer marxistischen Rosinante herunter als „Reformist“ und „Kleinbürger“ belächelte, den Sozialismus, den sie selbst nun in Haltlosigkeit, Angst und Streberei verrät. Eine ganz besonders traurige Rolle spielten zwei Figuren, jener Jeanneret-Minkine, der sich einst in der Rolle des radikalistischen enfant terrible gefiel und Charles Naine zu töten mitgeholfen hat, und jener andere Radikalinski Friedrich Schneider, der wieder einmal fand, „Paris sei eine Messe wert“. Aber auch die Art, wie die offizielle Mehrheit die Sache erledigte, war traurig genug. Nicht ein Grimm, ein Reinhardt, ein Nobs, ein Heeb wagte es, diese Bankrotterklärung der Sozialdemokratie zu vollziehen, es mußte dafür Bringolf her, der Kommunist von — wie lange ist es her? Und bezeichnend war auch der Titel, unter dem diese Transaktion vorgenommen wurde: „Die Politik der Sozialdemokratie *nach der Abwertung.*“ In einem doppelten Sinne bezeichnend. Einmal, daß man nicht wagte, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Sodann die unfreiwillige Ironie: es war wirklich der *Parteitag der Abwertung*, nämlich der *Abwertung des schweizerischen Sozialismus*, einer Abwertung bis auf Null.

Es gibt seit dem 31. Januar 1937 keine schweizerische Sozialdemokratie mehr — das ist die Tatsache, die unerbittlich festgestellt werden muß. Die deutsche ist wenigstens unter den direkten Stößen des Hitlertums zusammengebrochen, die schweizerische hat schon aus *Angst* davor Selbstmord verübt. Auch wer, wie der Schreibende, längst die ganze Fäulnis dieser Sache erkannt hatte, ist doch über das Tempo dieses Zusammenbruches erstaunt.

Und nun hat der Faschismus freie Bahn. Es hängt bloß von ihm ab, ob er sie benützt.

Der Sozialismus aber muß von anderswoher sich erneuern.

„Die Politik der Sozialdemokratie nach der Abwertung“ (ihrer selbst) hat

¹⁾ Und wie steht es mit der Nachricht, daß ein schweizerisches Bankkonfortium die Finanzierung eines großen deutschen Rüstungsunternehmens mitbeforgen wolle? Gehört das etwa zur „wirtschaftlichen Landesverteidigung“?

zunächst eine Initiative für *Arbeitsbeschaffung* in Szene gesetzt. Die mag gut sein und Erfolg haben. Aber über das Schickal der *Richtlinienbewegung* kann sich keiner Illusionen machen, der noch Augen hat zu sehen und Wahrheit von Schein unterscheiden kann. Es ist eine Mache, ein Gebilde ohne Seele. Was will man nicht alles in dieser „Mitte“ Robert Grimms vereinen! Auch der „Freisinn“ ist ja dazu eingeladen. Man denke: „Neue Zürcher Zeitung“ und „vorbehaltlose Demokratie“ nebst „Landesverteidigung“! (Durch Mussolinis und Francos Siege!)

Nur die Kommunisten — ach, nur die nicht! Ueberall sonst ist „vorbehaltlose Demokratie“.¹⁾ Die „Fronten“ kommen ja nicht in Betracht!

Dieses durch und durch haltlose Gemächte wird im Hui zerfallen.

An die leere Stelle tritt zunächst *Duttweiler* mit seinem „*Landesring der Unabhängigen*“. Er hat nun sein „Programm“ herausgegeben und seine Agitation begonnen. Das Programm gleicht darin stark dem nationalsozialistischen, daß es aus sehr unbestimmt formulierten, aber lockenden Lofungen besteht, die alles und nichts sagen. Ich will aus Mangel an Kenntnis seiner Person über Duttweiler kein Urteil fällen. Es wird sich bald zeigen, welchen Weg er gehen wird. Jedenfalls muß er ins *Bessimmtere* hinein, sonst wird der wahrscheinlich große Anfangserfolg nicht lange dauern.

Düster bleibt das Bild der Schweiz. Aber an *einer* Stelle will das Licht durchbrechen. Ich verweise auf das Manifest des *Freiheitskomitees*. Es bedeutet nicht bloß eine Erhebung gegen die Schande der De-jure-Erklärung des Verbrechens an Aebesinien, sondern gegen die Bundesratspolitik überhaupt. *Hier* will die wirkliche Demokratie durchbrechen. *Hier* muß sich anschließen, wer die Wendung will, welche allein nach innen und außen die Schweiz retten kann. Es muß *eine allgemeine Volkserhebung* daraus werden, eine Fahnenhebung der neuen Schweiz. Viele müssen sich anschließen, überall. Sie müssen sich, von allerlei Seiten her, auf der *einen* Linie zusammenfinden: der Linie des Widerstandes gegen die Auslieferung der Schweiz an todfeindliche Mächte und dem Aufbau einer wirklichen Schweiz. Es ist auch ein Morgenruf aus bangem Dunkel — möchte es der Ruf der Rettung werden.

9. Februar 1937.

Aus dem Briefe des Negus.

„II. Die Schweiz hat, als sie im Jahre 1920 nach einer Volksabstimmung Mitglied des Völkerbundes geworden ist, den Pakt unterzeichnet. Sie hat sich feierlich gegenüber allen Mitgliedstaaten verpflichtet, die Verpflichtungen des Art. 10 einzuhalten, nämlich, die Unverfehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußern Angriff zu wahren. Aethiopien ist im Jahre 1923 Mitglied des Völkerbundes geworden. Die Schweiz war infolgedessen gegenüber Aethiopien durch die Verpflichtung des Art. 10 der Satzung gebunden.

Am 7. Oktober 1935 hat der Völkerbundsrat mit einstimmigem Beschluß den Bericht der Sechserkommission angenommen, wonach die italienische Regierung in Verletzung des Art. 12 der Völkerbundsatzung zum Krieg geschritten ist. Am 9. Oktober 1935 wurde dieser Bericht auch von den Staaten — einschließlich der Schweiz —, die die Völkerbundsversammlung bilden, angenommen.

Am 23. Dezember 1936 erklärt nun aber der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Verletzung aller seiner internationalen Verpflichtungen offiziell, er habe beschlossen, die Souveränität Italiens über Aethiopien, d. h. die Folgen eines in Verletzung des Paktes begangenen Angriffs de jure anzuerkennen und deshalb das dem Konful Aethiopiens in Bern gewährte Exequatur für erloschen zu erklären.

¹⁾ Welch einen Aufschwung könnten nun die Kommunisten nehmen, wenn sie nicht, ihrer verkehrten Taktik folgend, selbst kapituliert hätten!

Statt dessen treibt die Aertzin *Paula Brupbacher* Propaganda der *Geburtenbeschränkung* — das nun ganz gegen die „russische Linie“! Nur immer das Verkehrte tun!

III. Am 11. März 1932 stimmte die Völkerbundsversammlung folgender Entschliessung zu: ‚Die Versammlung ... erklärt, daß es den Völkerbundsmitgliedern obliegt, keine Situation, keinen Vertrag oder kein Uebereinkommen anzuerkennen, das auf einem der Völkerbundsatzung oder dem Kellogg-Pakt widersprechenden Weg zustande gekommen wäre.‘

Die Schweiz hat dieser Entschliessung zugestimmt, und der Vertreter der Schweiz, Herr Motta, hat bei dieser Gelegenheit erklärt, daß die durch Gewaltanwendung gewonnenen Resultate vom Völkerbund nicht anerkannt werden können, da der Bund in erster Linie und wesentlich auf der Idee des Rechts und der Gerechtigkeit aufgebaut sei.

Der Grundsatz der Nichtanerkennung von durch Vertragsverletzung erzielten Ergebnissen wurde zum erstenmal vom Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Stimson, im Januar 1932 verkündet. Er wurde von der Völkerbundsversammlung im März 1932 übernommen. Am 3. August 1932 wurde er in die ‚Erklärung der 19 amerikanischen Staaten‘ und in das am 26. Dezember 1933 in Montevideo unterzeichnete ‚Uebereinkommen über die Rechte und Pflichten der Staaten‘ aufgenommen. Die allgemeine Zustimmung hat ihn zu einem Grundsatz des öffentlichen Rechtes und der internationalen Moral erhoben.

Dieser Grundsatz ist vom Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch seinen Beschluß vom 23. Dezember 1936 offen verletzt worden.

IV. Die Schweiz hat, wie Aethiopien, den Kellogg-Pakt von 1928 unterzeichnet, in dem die Signatarstaaten ‚im Namen ihrer Völker feierlich erklären, den Krieg für die Regelung internationaler Streitigkeiten zu verdammen und auf ihn als Mittel nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen zu verzichten‘.

Die Signatarstaaten ‚anerkennen, daß die Regelung und Schlichtung aller Streitigkeiten, welches auch ihr Charakter und ihr Ursprung sein mag, nur auf friedlichem Wege gefucht werden darf‘.

Da der schweizerische Bundesrat durch sein Votum vom 9. Oktober 1935 feierlich anerkannt hat, daß die italienische Regierung den Pakt verletzt und sich eines Angriffs gegen Aethiopien schuldig gemacht hat, kann ich nicht verstehen, wie er seine internationalen Verpflichtungen und seine Stimmabgaben in Einklang bringen will mit seiner Erklärung vom 23. Dezember 1936, wonach er die Ergebnisse des italienischen Angriffs de jure anzuerkennen beschließt.

V. Am 4. Juli 1936 hat die Völkerbundsversammlung einmal mehr ihrem Willen Ausdruck gegeben, keinen durch Gewalt gewonnenen Gebietswerb anzuerkennen. Sie hat es in folgenden, unzweideutigen Worten getan:

Die Völkerbundsmitglieder ‚bleiben den Grundsätzen des Paktes treu, Grundsätze, die auch in andern diplomatischen Uebereinkommen ihren Ausdruck gefunden haben, so in der Erklärung der amerikanischen Staaten vom 3. August 1932, die jede Regelung von Gebietsfragen auf dem Gewaltsweg ausschließt, vom Wunsche befehlt, die Autorität des Völkerbundes zu stärken, indem die Verwirklichung dieser Grundsätze den Lehren der Erfahrung angepaßt wird, und überzeugt von der Notwendigkeit, die wirkliche Anwendung der Sicherheitsgarantien des Völkerbundes zu gewährleisten‘.

Der Vertreter der Schweiz hat für diese Resolution gestimmt. Ich kann die Gründe nicht verstehen, die den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestimmt haben, heute die gewaltsame Aneignung des äthiopischen Gebiets durch Italien de jure anzuerkennen. Ist das die Verwirklichung des Wunsches, die Autorität des Völkerbundes zu stärken? Ist das der Ausdruck seiner Ueberzeugung, ‚die wirkliche Anwendung der Sicherheitsgarantien des Völkerbundes zu gewährleisten‘?

VI. Hat der schweizerische Bundesrat vergessen, daß es kein Land auf der Erde gibt, dessen Existenz so sehr auf der Achtung vor der Heiligkeit der internationalen Verträge beruht? Wenn die Schweiz seit 1815 von den Kriegsgreueln, die Europa verwüftet haben, verschont geblieben ist, hat sie das nicht der loyalen Achtung der Vertragsbestimmungen von 1815 zu verdanken?

Und doch ist es der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, deren Existenz auf der Achtung vor den ihre Unabhängigkeit garantierenden Verträgen

beruht, der — nachdem er am 11. März eine Erklärung gegen die durch Gewalt erworbenen Resultate abgegeben hatte — durch seine Erklärung vom 23. Dezember 1936 den in den Verträgen verankerten Grundsatz mit Füßen tritt und so der zynischsten und abscheulichsten Vertragsverletzung und der Vernichtung eines heroisch kämpfenden kleinen Volkes durch einen übermächtigen Angreifer seine Zustimmung erteilt. Hat der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Grundsatz vergessen, den er im Jahre 1932 verkündete: „Der Bund ist in erster Linie und wesensgemäß auf der Idee des Rechts und der Gerechtigkeit aufgebaut?“

Ich wünsche aus ganzem Herzen, daß Gott das Schweizervolk vor einem Angriff und den schrecklichen Leiden, die dem äthiopischen Volke von seinem Angreifer zugefügt worden sind, bewahren möge.“

Berichtigung. Im *Januarheft* hat sich leider, neben den unvermeidlichen kleineren und unbedeutenden, ein *sinnstörender* Druckfehler eingeschlichen. In dem Gedicht „*Maria und wir*“ (S. 25) muß es in der ersten Zeile der dritten Strophe heißen: „*mir*“ statt „*nur*“.

Redaktionelle Bemerkungen. Der Aufsatz „*Reformation*“ usw. wird im nächsten Heft zum Abschluß kommen.

Wieder ist einseitig der *Redaktor* vertreten. Aber im Mittelpunkt steht doch ein Anderer: *Kierkegaard*.

Für die *politischen* Beiträge beachte man immer das Datum des *Abschlusses*. Was *nachher* geschehen ist, kann nicht mehr oder nur in größter Kürze berücksichtigt werden.

Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz.

Deutschschweizerischer Zweig.

Einladung zu einem Ferienkurs

in *Walchwil* am Zugersee

vom Montag, den 5., bis Samstag, den 10. April 1937.

Thema: *Die Christusfrage.*

- I. *Was heißt, an Christus glauben?*
Menschensohn und Gottessohn. Christus-Glaube und Christus-Dogma.
- II. *Christus-Israel-Heidentum.*
Ist Christus der Weg, die Wahrheit und das Leben? Gibt es eine absolute Wahrheit?
- III. *Die Hauptprobleme des Lebens Jesu.*
Die Quellen. Der übernatürliche Rahmen. Das Wunder. Die menschliche Persönlichkeit. Der Kampf gegen die Religion. Charfreitag und Ostern. „Wiederkunft.“
- IV. *Die Bergpredigt.*
Was ist ihr Sinn? Kann sie gelebt werden? Das „Außerordentliche“. Recht und Liebe. Gewalt und Gewaltlosigkeit.